

„Die Linke donkt über sich hinaus oder wie verlirx“

Chile Die Soziologin Pierina Ferretti sieht einen Rechtstrend in ihrem Land trotz einer linken Präsidentschaft

Beim Referendum am 4. September 2022 scheiterte eine neue, progressive Verfassung an 62 Prozent Nein-Stimmen. Die Linke hat das so nicht kommen sehen und sich von diesem Rückschlag bis heute nicht erholt.

der Freitag: Pierina Ferretti, zuletzt haben wir uns im August 2022 kurz vor dem Referendum zur neuen Verfassung getroffen. Wie hat sich der verfassunggebende Prozess entwickelt nach dem negativen Volksentscheid vor über zwei Jahren?
Pierina Ferretti: Ein verfassunggebender Prozess existiert derzeit nicht. Die Niederlage traf eine sehr progressive und stark anti-neoliberalere Verfassung, um die Magna Charta der Pinochet-Diktatur zu ersetzen. Danach gab es einen neuen Prozess, der von der politischen Rechten dominiert wurde, vor allem von der extremen Rechten. Aber auch deren Verfassungsentwurf wurde von einer breiten Mehrheit zurückgewiesen. **Nach den Aufständen zwischen Oktober 2019 und März 2020 wurden große Hoffnungen in den ersten Verfassungsprozess gesetzt. Was kann man aus dem Scheitern lernen?**

Die Verfassunggebende Versammlung damals wurde von sehr wenigen Menschen gewählt und bestand aus Kräften der sozialen Bewegung und politischen Linken. Die historischen und aktuellen sozialen Kämpfe waren darin abgebildet: die feministischen, die ökologischen Kämpfe, jene für Bildung und Gesundheit. Der Staat sollte eine wichtige Rolle haben und soziale Rechte sichern. Doch die Gesellschaft insgesamt und die politische Rechte waren zu wenig repräsentiert. Das mussten wir lernen: Die Linke denkt über sich hinaus oder verliert. Das heißt, sie gewinnt keine demokratischen Mehrheiten.

Ist der Verfassungsentwurf dennoch heute ein wichtiger Referenzpunkt in politischen Diskussionen?

Aktuell ist das nicht der Fall, aber ich bin sicher, dass es bald wieder so sein wird. Wenn etwa heute eine Polizeireform ansteht, dann sehen die Leute schon in den Text. Wir haben weiter Reformbedarf.

Die Regierung unter dem linken Präsidenten Gabriel Boric ist seit März 2022 im Amt. Was waren bisher die Erfolge, was die Misserfolge?

Die wichtigsten Projekte wurden nicht umgesetzt, weil den Regierungsparteien dafür die Mehrheit im Parlament fehlt. Zum Beispiel eine Steuerreform, um die Einkommen umzuverteilen, damit die Ungleichheit reduziert werden kann. Das zweite große Versprechen war die Rentenreform, die auch nicht durchs Parlament kam. Falls es doch zu Kompromissen mit der Rechten kommt, dann sind die Projekte verwässert. Allerdings ist die Rechte durch Korruptionsskandale derzeit unter Druck, dies könnte der Linken etwas Spielraum geben.

Also nichts auf der Habenseite. Kleine Erfolge gibt es durchaus, wie eine von 45 auf 40 Stunden pro Woche verkürzte Arbeitszeit. Der Mindestlohn wurde angehoben wie seit 30 Jahren nicht, auch wenn man das wegen der hohen Inflation nicht so merkt. In der Gesundheitsvorsorge sind viele Leistungen nun von der Versicherung abgedeckt, man muss keinen gesonderten Beitrag mehr zahlen. Zudem gab es den Gesetzesentwurf, wonach Studenten aus den Studiengebühren resultierende Schulden erlassen werden, wenn sie die ökonomisch nicht tragen können. Aber als Kompromiss im Parlament kam heraus, dass nur ein Teil davon entfällt.

Ist der Eindruck richtig, dass es in Chile den starken Wunsch nach

einer Politik der „harten Hand“ gibt, aber zugleich hartes polizeiliches Vorgehen kritisiert wird?

Misstrauen in die Polizei kommt von der Linken, nicht aus der Gesellschaft insgesamt. Aber ansonsten gibt es durchaus ein positives Bild der Ordnungskräfte und des Militärs. Mit der Zunahme von Kriminalität und offener Gewalt, die es früher in Chile nicht derart gab, wird das Bedürfnis nach Ordnung und einer „harten Hand“ stärker. Wir hatten in Chile ja keine Paramilitärs oder Guerilla wie in Kolumbien oder Peru. Aber es gibt in der Bevölkerung, auch bei den Eliten, einen konservativen und autoritären Trend. Auch die Volksaufstände 2019/20 wurden von vielen als Gefährdung der Ordnung gedeutet, dann kamen die Pandemie und Wirtschaftskrise. Sie haben die Menschen müde gemacht. Das ist natürlich ein Problem für die Linke, die ein antimilitaristisches und polizeikritisches Bewusstsein hat – auch keine Nähe zum Militär besitzt. Obwohl man natürlich sehen muss, dass vor der Militärdiktatur, die mit Pinochet 1973 begann, die Linke – vor allem die Unidad Popular – durchaus eine Politik im Hinblick auf Militär und Polizei hatte. Es gab linke, republikanische und verfassungstreue Offiziere, die häufig während der Diktatur ermordet wurden. **Und warum tut da die momentane Regierung nichts?**

Es gibt aktuell einfach keine linken Militärs, also welche, die republikanisch und progressiv sein würden. Im Gegenteil, trotz aller Unterschiede innerhalb des Militärs dominiert die Ideologie der „nationalen Sicherheit“.

Wie kann man den neuerlichen raschen Aufstieg der extremen Rechten in Chile erklären?

José Antonio Kast, deren wichtigster Repräsentant, trat 2017 erstmals bei Präsidentschaftswahlen an. Er kam auf knapp acht Prozent. 2021 gewann er den ersten Wahlgang mit 27 Prozent – und das kurz nach der Wahl der progressiven Verfassunggebenden Versammlung und dem Volksaufstand. Was ist da passiert? Bislang wissen wir noch nicht genau, ob sich dieses Phänomen hält oder an Bedeutung verliert. Wir haben seit 2019 eine starke Einwanderung aus Venezuela, die wenig gesteuert wird. Der Staat war darauf kaum vorbereitet. Weil es keine Aufnahmeorte gab, haben viele Migranten auf der Straße gelebt. Das hat nationalistische und Antimigrationspositionen begünstigt. Dann kam der Ruf der extremen Rechten: „Wir werden sie alle rauswerfen und einen Zaun an

der Grenze errichten, damit niemand durchkommt.“ Das kam offensichtlich bei vielen Menschen an, auch wenn Kast 2021 den zweiten Wahlgang gegen Gabriel Boric verloren hat.

Wie ist das in der Verfassunggebenden Versammlung?

Dort hat die extreme Rechte 30 Prozent der Sitze und mit der traditionellen Rechten eine Mehrheit. Der Verfassungsentwurf war dann neoliberaler und rechter als die Pinochet-Verfassung von 1980, die ja bis heute gilt. Ein Artikel dieses Entwurfs wollte zum Beispiel regeln, dass Kinder sich um ihre alternativen Eltern kümmern müssen. Als diese Vorlage abgelehnt wurde, war die extreme Rechte danach durchaus geschwächt.

„Am Ende aber muss die Rückgabe von Mapuche-Land natürlich eine Aufgabe des chilenischen Staates sein“

Es scheint in Chile einen Rückschritt beim Umgang mit den Menschenrechten zu geben. Richtig?

Die Menschenrechte werden als eine Art Hindernis hingestellt, wenn die Polizei ihre Arbeit machen will. Am Ende, so das Argument, würden die Polizisten ins Gefängnis kommen, wenn sie ihren Job machen. Man müsse ihnen daher freie Hand lassen. Das ist natürlich Unsinn, denn eine professionelle Polizei kann ihren Job erledigen und dabei die Menschenrechte achten.

Wie kann man augenblicklich in Chile den Zustand der Linken beschreiben?

Ich würde sagen, es gibt aktuell drei linke Lager. Erstens, die traditionelle Linke der Kommunistischen und Sozialistischen Partei, Erstere repräsentiert die klassische Arbeiterschaft, Letztere Teile der progressiven Mittelschichten: Staatsbedienstete, Intellektuelle, Künstler. Dann gibt es die neue Linke, die im Zuge des Übergangs zur Demokratie entstanden ist und politische Vorschläge außerhalb der traditionellen Linken formuliert. Diese Kräfte sind divers, aber in gewisser Weise in der Frente Amplio zusammengelassen. Präsident Boric selbst war früher ein wichtiger Repräsentant der Studentenbewegung. Und

dann gibt es eine dritte Linke, links von den genannten Lagern und deutlich kleiner. Sie stellt in einigen Gemeinden die Bürgermeister und ist regional präsent. Diese Linke kritisiert die derzeitige Regierung als zu moderat. Sie debattiert, wie wir den Neoliberalismus überwinden, wie ein Wohlfahrtskapitalismus aussehen würde, den wir ja nie hatten. Oder was wäre eine antikapitalistische Orientierung nach dem Ende des Neoliberalismus?

Es gab ernst zu nehmende Versuche der Regierung, den Konflikt mit den indigenen Mapuche zu lösen. Ist das gelungen?

Ja, Präsident Boric hat gleich nach Amtsantritt die Entmilitarisierung der Araucanía-Region, wo viele Mapuche leben, angeordnet. Dann

teilweise zerstört. Und es gibt illegale Unternehmen, um die Wälder auszubeuten.

Sie arbeiten bei Nodo XXI, einer Organisation, die gesellschaftlichen Wandel befördern will. Was sind derzeit in Chile die progressiven Erzählungen?

Es sind Narrative, die besonders die neoliberalen Oligarchien und starken Wirtschaftsgruppen kritisieren, die sich weiterhin das Bildungs-, Gesundheits- oder Pensionssystem aneignen. Aus der wirtschaftlichen wird dann politische Macht, sodass eine Umverteilung des Reichtums verhindert wird, von der alle etwas hätten. Dagegen ist die öffentliche Daseinsvorsorge eine für viele Menschen glaubwürdige alternative Erzählung. Man darf nicht übersehen, dass die Gesellschaft sehr fragmentiert ist. Junge Chilenen informieren sich über die sozialen Medien. Es ist ein Unterschied, mit breiten Bevölkerungsschichten zu sprechen oder mit Intellektuellen. Wir selbst haben keine Kommunikationsstrategie an sich, aber arbeiten mit anderen zusammen. Wir machen viel mit Podcasts oder produzieren grafisches Material, das dann frei zur Verfügung gestellt wird. Wir verbreiten dadurch Informationen über korrupte Unternehmen und sind notfalls auch konfrontativ, aber nicht verkrampft.

Welche Rolle spielt das Internationale für Alternativen in Chile?

Chile als Land wie auch seine Linke sind ziemlich abgeschlossen. Aber natürlich gibt es viele wichtige Themen, die nicht auf nationaler Ebene zu lösen sind, wenn sie mit internationalen Finanzinstituten oder Unternehmen zu tun haben. Leider gibt es in Chile keine intensiven Debatten über transnationale Verbindungen. **Und die Mercosur-Frage?**

Das ist in der Tat eine Ausnahme, wenn es um die Handelszone geht, die sehr neoliberal ausgerichtet ist, auch wenn sie uns nicht direkt betrifft. Wenn wir an wirtschaftliche Alternativen denken, bräuchten wir ja regionale Produktionsprozesse, um in einer Welt zu bestehen, die sich geopolitisch heftig verändert. Diese Vorstöße hin zu einer regionalen Perspektive gab es am ehesten zu Hochzeiten des Chavismus in Venezuela. Die jetzigen progressiven Präsidenten wie Boric bei uns, Lula da Silva in Brasilien, die neue Regierung in Mexiko oder Gustavo Petro in Kolumbien geben kontinentalen Allianzen keine Bedeutung.

Ulrich Brand
führte das Gespräch



FOTO: PRIVAT

Pierina Ferretti ist Soziologin und Direktorin der Fundación Nodo XXI (Stiftung Netzknotten XXI). Es handelt sich um eine Ideenschmiede für die chilenische Linke, die sich unter anderem an der Debatte um eine neue Verfassung während der vergangenen Jahre beteiligt hat. Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe „Jenseits von Entwicklung“, die seit 2011 besteht und vom Andenbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert wird